

Thema: Doppelhaushalt 2022/2023 – Geplante Kürzungen der RL Migrationsberatung
Anlass: Aktion der LAG FW vor dem Landtag (Plenum) am 14.10.2021
Bezug: Fachliche Argumente und Forderungen

Hintergrund:

- Der aktuelle Haushaltsplanentwurf 2022/23 weist für die nächsten Jahre im Bereich Migration und Teilhabe erhebliche Kürzungen aus. Am stärksten sind die Kürzungen im Bereich der RL Migrationsberatung, die um bis zu 70 % bis 2024 sinken sollen, konkret von rd. 10,06 Mio (2021) auf ca. 3,2 Mio. (2024)
- Das bedeutet, dass von den aktuell rd. 200 Stellen, die aktuell über die Richtlinie gefördert werden, bis 2023 rd. die Hälfte und bis 2024 70 % reduziert werden.
- Migration und Flucht gehören zu einer der vier großen gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre (neben Digitalisierung, Klimawandel und Demographie) und die geplanten Kürzungen sind damit nicht vereinbar.
- Kürzungen werden u.a. damit begründet, dass die vom Bund zur Bewältigung des Flüchtlingszuzugs zur Verfügung gestellten Mittel rückläufig seien. Anders als die übrigen Bundesländer will das Land Niedersachsen die geplanten Kürzungen umsetzen. Diese Sichtweise vernachlässigt jedoch völlig,
 - dass der Prozess der Integration nicht innerhalb von wenigen Jahren abgeschlossen ist;
 - dass sich die Migrationsberatung auf alle Migrant*innen bezieht und nicht nur auf die Flüchtlinge;
 - dass insbesondere der Zuzug aus den osteuropäischen Ländern deutlich zugenommen hat;
 - dass die Anzahl der Ausländer*innen in Niedersachsen weiter kontinuierlich ansteigt;
 - dass mit Blick auf den Fachkräftemangel von rd. 400.000 Zugewanderten pro Jahr die Rede ist und
 - nicht zuletzt dass die migrantische Bevölkerung von den Auswirkungen der Corona-Pandemie in stärkerem Maße betroffen ist.

(beengte Wohnverhältnissen, oftmals Dienstleistungsberufe mit engen Personenkontakten, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit mit u.U. Auswirkungen auf den Aufenthaltstitel, größere Lernrückstände durch Distanzunterricht, sprachliche Schwierigkeiten, reduzierte Kontakte zur Aufnahmegesellschaft, Integrationsrückschritte). Die Beratungskräfte sind immer öfter Mittler zwischen Zugewanderten und zum Teil schlecht erreichbaren Behörden.

Wir brauchen...

- ... eine stabile Hilfe-Infrastruktur, die dem hohen Nachfragebedarf entspricht und dabei hilft, die Herausforderungen der Migration zu bewältigen;

- ... kontinuierliche Unterstützung und Orientierung bei langfristiger Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft, was auf lange Sicht auch unsere sozialen Sicherungssystem entlastet;
- ... engagierte Beratungskräfte, die durch ihre Arbeit zum sozialen Frieden und zur Stärkung der Demokratie beitragen;
- ... Fachleute, die die äußerst schnelllebige Materie des Asyl-, Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht auf dem Schirm haben und nicht nur die zugewanderten Menschen, sondern auch soziale Regeldienste und ehrenamtliche Strukturen unterstützen.
- Fazit: Wir fordern die Aufrechterhaltung der Beratungsinfrastruktur auf dem aktuellen Niveau!

Hinzu kommt:

- Ende des Jahres 2021 läuft die aktuelle Richtlinie Migrationsberatung als Grundlage für Schwerpunktsetzung und Förderung aus, bisher gibt es noch keinen neuen Entwurf.
- Zur Auswertung der bestehenden RL und als Grundlage für die Neuausrichtung hat eine qualifizierte externe Evaluation stattgefunden. Die Ergebnisse der Evaluation liegen uns nicht vor.
- Die Träger mussten bis Ende September 2021 ihre Anträge mit Projektbeschreibungen und Finanzierungen einreichen, ohne dass die genauen Grundlagen bekannt sind. Sie gehen ein 100 % Finanzierungsrisiko ab Januar ein. Eine endgültige und sichere Zusage der Landesförderung wird es nach unserer Einschätzung frühestens zum 2. Quartal 2022 geben.
- Auf welcher Grundlage in diesem Zusammenhang die Verträge mit den Mitarbeitenden geschlossen werden sollen, können wir unseren Mitgliedseinrichtungen nicht vermitteln.
- Aus unserer Sicht darf weder mit den Trägern noch mit den Mitarbeitenden und schon gar nicht mit den Ratsuchenden in dieser Weise verfahren werden.

Hannover, 07.10.2021
LAG FW Fachausschuss Migration